

KLIMA UND RECHT

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE KLIMARECHT

Herausgeber: Prof. Dr. Jelena Bäumler, Lüneburg; Prof. Dr. Thorsten Beckers, Weimar; Prof. Dr. Wolfgang Durner, Bonn; RA Dr. Frank Fellenberg, Berlin; Prof. Dr. Claudio Franzius, Bremen; Prof. Dr. Annette Guckelberger, Saarbrücken; RA Prof. Christian Held, Berlin; Prof. Dr. Charlotte Kreuter-Kirchhof, Düsseldorf; Prof. Dr. Alexander Proell, Hamburg; Prof. Dr. Michael Rodi, Greifswald/Berlin; Dr. Simon Schäfer-Stradowsky, Berlin; Prof. Dr. Cathrin Zengerling, Freiburg

Schriftleitung: Prof. Dr. Michael Rodi und Dr. Simon Schäfer-Stradowsky

KlimR 8/2026

August 2026 · Seite 225–256

5. Jahrgang · www.klimr-beck.de

Editorial

Der Industrial Accelerator Act: Europas Chance auf technologische Souveränität

Deutschlands und Europas Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit bei grünen Technologien tragen maßgeblich dazu bei, die Transformation zum Erfolg zu führen, Beschäftigung zu erhalten und Wachstum zu sichern. Entscheidend wird sein, riskante Abhängigkeiten in den Wertschöpfungsketten strategischer Technologien wie Batterien, Windturbinen und Elektrolyseuren zu reduzieren und uns gegen unfairen Wettbewerb vor allem aus China zu verteidigen. Europa hat jetzt die Chance, diese Ziele zu erreichen. Der Industrial Accelerator Act (IAA), ein Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission, soll Europas industrielle Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Sicherheit stärken.

Zentral ist die Idee, die Erfolgsfaktoren des US Inflation Reduction Act (IRA) zu replizieren: Die öffentliche Beschaffung und Fördermittel sollen die Nachfrage nach strategischen Technologien „Made in Europe“ sichern und steigern. Zugleich soll Europa seine Abhängigkeit von China verringern. Das Land dominiert dank wettbewerbsverzerrender staatlicher Subventionen und integrierter Wertschöpfungsketten die Märkte für erneuerbare Energien, E-Autos und Batterien. Diese Marktposition setzt China zunehmend als Machtmittel ein und schränkt den Zugang westlicher Staaten zu Rohstoffen und Vorprodukten ein.



Die Bundesregierung steht dem Vorhaben bislang zurückhaltend gegenüber. Vielfach gilt der IAA als Instrument, das deutschen Industrieinteressen zuwiderläuft: Wegen der globalen Verflechtung der Unternehmen seien *Local-Content*-Regeln kontraproduktiv und bremsen die Wettbewerbsfähigkeit, statt sie zu steigern. Zudem könnten sie Freihandelspartner befremden. Diese Perspektive verstellt den Blick auf die geoökonomischen Herausforderungen, die der IAA bewältigen soll. Das wird bei Batterien deutlich. Als Schlüsseltechnologie für die Elektrifizierung können sie Europas Abhängigkeit von fossilen Importen verringern. Allerdings beherrschen chinesische Unternehmen derzeit über 70 % der globalen Kapazitäten für die Lithiumraffinierung und mehr als 90 % der Anoden- und Kathodenproduktion. Europäische Lithium-Ionen-Batterien kosten aus den genannten Gründen fast 70 % mehr als chinesische.

Als *Dual-Use*-Technologien sind Batterien auch für die nationale Sicherheit relevant: Die Verteidigungsindustrie benötigt sie unter anderem für Drohnen und Präzisionsmunition. Selbst die Beschaffungsrichtlinien der Bundeswehr schreiben bislang nicht vor, dass Batterien für sicherheitsrelevante Anwendungen aus Europa oder verbündeten Staaten stammen müssen. In den nächsten Monaten entscheidet sich, wie konsequent Europa den IAA bei ausgewählten Technologien – nicht nur Batterien, sondern zB auch Windkraft – anwendet. Die finale Gesetzgebung muss integrierte europäische Lieferketten und Märkte und somit Europa als Ganzes stärken. Eine halbherzige Umsetzung des IAA mit Schlupflöchern, die beispielsweise chinesischen Unternehmen eine Umgehung durch Produktion bei EU-Handelspartnern wie Marokko erlauben, würde das Vorhaben konterkarieren.

Die strategische Bedeutung von Schlüsseltechnologien spricht dafür, heimische Wertschöpfung und Kontrolle über Lieferketten langfristig höher zu gewichten als kurzfristige Preisvorteile. Gezielt und entschlossen eingesetzt, kann der IAA Europa die Kontrolle über essenzielle Lieferketten sowohl für eine klimaneutrale Wirtschaft als auch für die nationale Sicherheit sichern.

Dr. Sabrina Schulz, Deutschland-Direktorin, European Initiative for Energy Security (EIES)